

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Bewältigung der zweiten Ölkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1979) : Bewältigung der zweiten Ölkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 12, pp. 586-587

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135381>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bewältigung der zweiten Ölkrise

An der Schwelle der achtziger Jahre befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in einer Entwicklung, die zu Hoffnungen berechtigt, aber auch zur Reflexion über Risiken verpflichtet. Einerseits ist gerade noch im letzten der siebziger Jahre erreicht worden, was viele für gar nicht mehr möglich hielten, nämlich eine Expansion, die wesentliche Merkmale des „Sich-selbst-Tragens“ enthält. Andererseits hat die zweite Ölkrise unsanft daran erinnert, daß sich eine fundamentale Bedingung unseres Wirtschaftens auf Dauer verändert hat. Die neue Ölkrise war nur eine weitere Stufe auf einem Weg, der gewiß noch viele Stufen haben wird. Nun muß zunächst die von den Ölländern diktierte jüngste Datenänderung bewältigt werden. Dieser Vorgang wird die wirtschaftliche Entwicklung des kommenden Jahres prägen.

Auf die relativ kurze Sicht eines Jahres handelt es sich dabei in erster Linie um die Bewältigung der Verteilungsfolgen der enormen Verteuerung des Öls; auf längere Sicht bedeutet es weit mehr, nämlich Anpassung der Produktionsstruktur. Eine – reale – Umverteilung ist primär zugunsten der Öllieferanten eingetreten. Gewinner waren nicht nur die OPEC-, sondern auch andere Ölexportländer und offensichtlich auch multinationale Konzerne. (Ferner als Sonderfall von untergeordneter Bedeutung alle Produzenten deutschen Erdöls). Die Größenordnung des „Einkommensverlustes“ der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland wird daran erkennbar, daß bei den gegenwärtigen Preisen etwa 25 Mrd. DM mehr aufgewendet werden müßten, um so viel Rohöl und Mineralölprodukte zu bezahlen, wie im Jahre 1978 eingeführt wurden. Hinzu kommen noch die Einkommensverluste durch höhere Preise für andere Rohstoffe. Ihnen stehen freilich „Gewinne“ durch höhere Ausführpreise gegenüber, die teilweise als Reaktion auf die Verteuerung von Öl und anderen Rohstoffen anzusehen sind. Insgesamt überwogen 1979 aber deutlich die „Verluste“. Dadurch dürfte in diesem Jahr der sonst möglich gewesene Realeinkommensanstieg um mehr als einen Prozentpunkt verringert worden sein.

Vehikel der Umverteilung von Realeinkommen waren auch auf der Entzugsseite die Preise. Steigende Preise für Ölprodukte führten bei den Konsumenten direkt und – über höhere Preise von anderen Waren und von Dienstleistungen – indirekt zur Verteuerung der Lebenshaltung und damit zur Verringerung des Realeinkommensanstiegs. (Aber wohl nur in relativ wenigen Fällen zur absoluten Abnahme des Realeinkommens). Den Unternehmen scheint es in erheblichem Umfang gelungen zu sein, die erhöhten Kosten des Mineralöleinsatzes im Preis weiterzuwälzen; darauf deuten jedenfalls die bisher vorliegenden Anzeichen für die Gewinnentwicklung hin. Im Prinzip ist das die ökonomisch angemessene Verteilung der Lasten, die sich aus einem äußeren Anstoß von der Art der Ölpreiserhöhung ergeben. Freilich bedeutet dies nicht, daß die Unternehmer als Bezieher von „Unternehmerlohn“ von der Realeinkommensbelastung freigehalten werden sollten. Dies sollte vielmehr nur für die Unternehmungen als Wirtschaftseinheiten gelten, in denen Gewinne (im engeren Sinne des Kapitalertrages) gemacht werden, um reinvestiert zu werden. Da beides in Wirklichkeit so schwer zu trennen ist, liegt hier sicherlich verteilungspolitischer Zündstoff.

Bleibe die Verteilung der „Öllasten“ etwa so, wie sie sich in der ersten Phase ergeben hat, dann wäre ein wichtiges Stück Bewältigung des neuen Datums insoweit schon recht reibungslos vollzogen. Doch das ist noch keineswegs entschieden. Bisher bestand nämlich wegen der Laufzeit der meisten Tarifverträge noch gar nicht die Gelegenheit, die Probe aufs Exempel zu machen, jedenfalls nicht im großen Stil. (Allerdings hätte es auch zu einer „Nachschlagsrunde“ innerhalb der Laufzeit der Verträge kommen können. Ansätze dazu sind von den Gewerkschaften mit einer Entschiedenheit zurückgewiesen worden, die von ausgeprägtem Problembewußtsein zeugt.) In den relativ wenigen und ausnahmslos „kleinen“ Tarifabschlüssen der letzten Zeit ist Anschluß an die Ergebnisse der letzten Lohnrunde gehalten worden. Das ist zwar ein günstiges Indiz, doch ist es fraglich, ob daraus auf die Absichten der „Großen“ geschlossen werden darf. Erst die Lohnrunde des Jahres 1980, die in Kürze beginnt, bietet die „legale“ Gelegenheit zur Korrektur dessen, was bei der primären Verteilung der Öllasten herausgekommen war. Daß und weshalb es ökonomisch falsch wäre, den Versuch zur Rückwälzung über entsprechend hohe Lohnerhöhungen zu machen, ist so oft gesagt und geschrieben worden, daß es hier nicht noch einmal wiederholt werden muß. Selbstverständlich ist ein gesamtwirtschaftlich wünschenswertes Lohnverhalten angesichts der derzeitigen Preissteigerungsrate gleichwohl nicht.

Richtschnur für die nächste Lohnrunde sollte allein die künftige Entwicklung sein. Für die Vergangenheit gilt, daß den Arbeitnehmern 1979 nichts vorenthalten worden ist, was nach den Regeln der „Verteilbarkeit“ verteilt werden konnte. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem jüngsten Jahresgutachten gezeigt, daß sich die „Reallohnposition“ der Arbeitnehmer nicht verändert hat. Netto und real sind, nicht zuletzt dank Steuersenkung, auch in diesem Jahr die Löhne gestiegen. Die neu zu vereinbarenden Lohnerhöhungen sollten sich nach dem Produktivitätsanstieg (abzüglich des wohl nochmals negativen Terms-of-Trade-Effekts) des Jahres 1980 und nach den für unvermeidlich gehaltenen Preissteigerungen der gleichen Zeit bemessen. Gewiß ist das eine nicht leicht zu prognostizieren und das andere nicht einmal leicht zu definieren. Immerhin kommen fast alle Prognostiker zu dem Ergebnis, daß nach solchen Überlegungen eine Größenordnung von 6 % angemessen wäre. Sie würde weder für die Kosten- und Preisentwicklung noch für das künftige Wirtschaftswachstum zusätzliche Risiken schaffen. Gewinnentwicklung und -erwartungen und damit wichtige Bestimmungsgründe der Investitionsneigung blieben unangetastet.

Die jetzt im Gang befindliche Meinungsbildung der Gewerkschaftsgremien über die nächsten Lohnforderungen steht unter dem Eindruck einer Preisanstiegsrate von fast 6 %. Das wiegt sicherlich schwerer als die Prognose, daß die Rate Ende nächsten Jahres wieder eine „3 vor dem Komma“ haben wird, wenn sich alle Hypothesen – nicht zuletzt die, daß die Lohnabschlüsse so gemäßigt wie eben beschrieben sein werden – als zutreffend erweisen. Viel für den Ausgang der kommenden Lohnrunde hängt davon ab, ob die Gewerkschaften und ihre Mitglieder auf eine erneute Verringerung des Preisanstiegs vertrauen.

„Maßvolle“ Lohnpolitik ist in der Tat nur eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Rückgewinnung von mehr Preisstabilität. Für die entscheidende Voraussetzung muß die Geldpolitik sorgen. Die Bundesbank versucht das seit einiger Zeit in einem Maße zu tun, das sogar die Befürchtung eines „Übersteuerns nach unten“ auslöst (siehe dazu das „Zeitgespräch“ in diesem Heft). Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß es der Bundesbank gerade im Hinblick auf die kommende Lohnrunde auf die Demonstration eines entschlossenen Stabilitätskurses ankommt. Das entspricht durchaus der Rolle der Geldpolitik im Spannungsfeld von Finanz-, Geld- und Lohnpolitik und sollte nicht mit wertgeladenen Begriffen abqualifiziert werden. Andererseits ist es aber auch notwendig, auf mögliche Gefahren hinzuweisen, die sich aus dem Kurs der Geldpolitik ergeben können. Ziel aller Akteure der Wirtschaftspolitik (einschließlich der Lohnpolitik) muß die Bewahrung der Grundlagen für ein Wirtschaftswachstum auf mittlere Sicht sein. Und dazu gehört nach aller Erfahrung, hier und in anderen Ländern, unabdingbar Stabilität.